

Trotz Vielzahl von Unterschriften ist kein Umschwung zu erwarten

Volksinitiative DpL hat für ihr Ziel der Abschaffung der Franchise für Rentner knapp 3000 Unterschriften gesammelt. Eine grosse Zahl, finden die anderen Fraktionen. An der Ablehnung im Landtag dürfte dieser Umstand aber kaum etwas ändern.

VON HANNES MATT

Um die Rentner finanziell zu entlasten, wollen die Demokraten pro Liechtenstein (DpL) diese von der 500-Franken-Franchise der Krankenkasse befreien. Nachdem der Landtag im Herbst dem Vorstoss der Oppositionspartei eine Absage erteilte - der Vorschlag wurde wegen des Giesskannenprinzips von den wenigsten gutgeheissen und folgend mit 15 zu 10 Stimmen verworfen - wandten sich die DpL ans Volk. Wie die DpL-Abgeordneten nun Anfang Woche verkündet haben, war Unterschriftensammlung für die Volksinitiative erfolgreich - sehr sogar: So wären 1000 Unterschriften nötig gewesen, schlussendlich unterstützten nicht weniger als 2963 Stimmberechtigte das Vorhaben. Im Vergleich mit den Unterschriftensammlungen der jüngeren Geschichte reiht sich das Resultat sehr weit oben ein. Ähnlich viele hatte es zuletzt im 2011 beim Referendum für den 83-Millionen-Kredit für ein neues Landesspital gegeben.

«Alle spüren es im Portemonnaie»

«Die hohe Zahl von fast 3000 Befürwortern hat mich anfangs überrascht», führt der Freie-Liste-Abgeordnete Georg Kaufmann zur DpL-Volksinitiative auf Anfrage aus. «Wahrscheinlich haben doch viele Rentnerinnen und Rentner ihre Unterschrift gegeben, weil sie nun endlich eine Erhöhung ihrer Rente erwarten.» Er verstehe diesen Unmut. «Die Teuerung ist in den letzten Monaten doch sehr stark angestiegen», so Georg Kaufmann. «Das spüren neben vielen anderen Menschen halt auch viele Rentnerinnen und Rentner direkt in ihrem Portemonnaie.» Er erkenne durchaus Handlungsbedarf - jedoch zielgerichtet und bedarfsorientiert. «Einer «Franchisebefreiung für alle Rentner» kann ich nicht zustimmen. Damit werden alle Rentnerinnen

«Die hohe Zahl von fast 3000 Befürwortern hat mich anfangs überrascht.»

GEORG KAUFMANN
FREIE LISTE

und Rentner zu Bedürftigen gemacht, was so einfach nicht stimmt», wie der Freie-Liste-Abgeordnete bereits im September 2021 im Landtag argumentiert hatte. «Die Franchisebefreiung soll wohl eher als Ausgleich für eine seit 10 Jahren ausstehende Rentenerhöhung dienen. Ich kann dieses Vorgehen auch nicht unterstützen, weil ich eine solche Vermischung persönlich nicht befürworte.» Dass die Freie-Liste-Fraktion im Herbst dennoch auf die Gesetzesinitiative eingetreten sei, hätte andere Gründe gehabt. Georg Kaufmann: «Wir wollten damals ein Zeichen setzen, dass wir das finanzielle Problem vieler Rentnerinnen und Rentner durchaus sehen.»

Pauschale Bevorteilung

Auch VU-Fraktionssprecher Manfred Kaufmann führt in seinem Statement auf Anfrage aus, dass mit der DpL-

Initiative pauschal eine Personengruppe bevorteilt werde - auch wenn viele diese Entlastung grundsätzlich nicht benötigen würden. «Die Mehrheit der VU-Fraktion war bereits im Landtag gegen die Initiative und hat dieses Verhalten auch entsprechend sachlich gut begründet, genauso wie übrigens die Mehrheit des Landtags insgesamt», so Manfred Kaufmann. «Ich gehe deshalb davon aus, dass die meisten ihrer Meinung dazu treu bleiben werden und am Ende die Bevölkerung das letzte Wort hat.» Die hohe Anzahl der Unterschriften gelte es aber selbstverständlich ernst zu nehmen. Die VU stehe grundsätzlich für zielgerichtete Unterstützungsleistungen für Personen, welche ohne diese Unterstützungen massive finanzielle Probleme bekommen. «Und deshalb wird die VU auch künftig an zielsicheren Vorstössen in diese Richtung arbeiten»,

«Ich gehe davon aus, dass die meisten ihrer Meinung dazu treu bleiben werden.»

MANFRED KAUFMANN
VU

so Fraktionssprecher Manfred Kaufmann. Für FBP-Fraktionssprecher Daniel Oehry kommt die Vielzahl der gesammelten Unterschriften indes nicht wirklich überraschend, wie er auf Anfrage sagt: «Wenn es um Vergünstigungen geht, ist klar, dass dies von den Betroffenen stark unterstützt wird.» Auch er bemerkt, dass es so gut wie gesetzt sei, dass es schlussendlich eine Volksabstimmung geben wird. «Die Meinungen sind gemacht. Mit grossen Veränderungen ist nicht mehr zu rechnen», so Daniel Oehry. «Es müsste schon eine bahnbrechende Diskussion geben, damit sich die Mehrheitsverhältnisse vom letzten Herbst noch verschieben.» Nächste Woche kommt das DpL-Anliegen im Landtag nochmals auf den Tisch. Lehnt der Landtag die Initiative ab, muss die Regierung eine Volksabstimmung ansetzen.



«Ist ja klar, dass Vergünstigungen unterstützt werden»: Die hohe Anzahl der gesammelten Unterschriften im Rahmen der DpL-Volksinitiative hat FBP-Fraktionssprecher Daniel Oehry (Mitte) nicht wirklich überrascht. (Archivfoto: Michael Zanghellini)